

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Haushalt und Finanzen

Hannover, den 05.10.2011

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2004 bis 2008

Drs. 15/3282, 15/4198, 16/611, 16/1764, 16/2941

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (vgl. Anlage) zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Heinrich Aller
Vorsitzender

Anlage

Bericht
des Ausschusses für Haushalt und FinanzenI. **Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2004 bis 2008**

Im Anschluss an seinen Bericht in der Drucksache 16/2937, den sich der Landtag in seiner 87. Sitzung am 10.11.2010 durch Beschluss zu eigen gemacht hat, stellt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen fest, dass mit den Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2008 alle Beiträge mit Ausnahme der unter II. genannten aus der Sicht des Landtages erledigt sind.

II. **Offene Punkte:**1. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2004**

Anträge der Landesregierung – Drs. 15/2500

Mit PPP in die Ratenfalle?

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 1

Letzte Antwort der Landesregierung vom 07.12.2010 - Drs. 16/3153

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen stellt fest, dass die in der Antwort der Landesregierung angekündigte Schlussabstimmung zur Änderung der Abschnitte E und F der RLBau noch nicht stattgefunden hat. Er erwartet von der Landesregierung einen ergänzenden Bericht bis zum 31.05.2012.

2. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2006**

Anträge der Landesregierung - Drs. 15/4360

a) **Verzicht auf Einnahmen beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 3 a

Letzte Antwort der Landesregierung vom 06.12.2010 - Drs. 16/3149

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung in der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) die Einführung einer Gebührenpflicht für beanstandete Planproben anstrebt und in der Projektgruppe "Finanzierung amtlicher Kontrollen" ein Gebührenkonzept mit obligatorischer Gebührenerhebung im Rahmen landesrechtlicher Vorschriften erarbeitet hat. Das Konzept sieht vor, für beanstandete Parameter auch der ersten Planprobe eine Gebühr zu erheben.

Der Ausschuss erwartet, dass sich die Landesregierung nachdrücklich für die Umsetzung dieser Regelung durch alle Bundesländer einsetzt.

Er bittet um einen Bericht über den aktuellen Sachstand bis zum 31.12.2011.

b) **Arzneimittelversorgung im Justizvollzug**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 3 c

Letzte Antwort der Landesregierung vom 03.03.2011 - Drs. 16/3399

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung entsprechend ihrer ergänzenden Antwort

- weiterhin prüft, wie die Gefangenen oder Dritte an den Kosten der Gesundheitsfürsorge im Justizvollzug beteiligt werden können, und

- anstrebt, in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 dazu eine Rechtsverordnung zu erlassen.

Der Ausschuss erwartet den Bericht der Landesregierung über das Ergebnis ihrer Bemühungen bis zum 31.12.2011.

c) **Die Rolle des Landes in der Gesundheitsvorsorge: Koordination statt eigener Förderung**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 3 d

Letzte Antwort der Landesregierung vom 01.12.2010 - Drs. 16/3178

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet auch nach der Antwort der Landesregierung, dass die beteiligten Ressorts die Ziele der Gesundheitsvorsorge auf Basis der vom Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration nunmehr beabsichtigten Bestandsaufnahme ressortübergreifend definieren und ihre Aktivitäten von denen Dritter abgrenzen. Für die angestrebten Maßnahmen ist eine Erfolgskontrolle vorzusehen.

Der Ausschuss erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2011.

3. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2007**

Anträge der Landesregierung - Drs. 16/722

a) **Sicherheit des Haushaltswirtschaftssystems**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 4 a

Letzte Antwort der Landesregierung vom 01.03.2011 - Drs. 16/3396

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt den Zwischenbericht der Landesregierung vom 01.03.2011 zur Kenntnis. Er erwartet den Bericht über das Ergebnis der IT-Systemprüfung bzw. einen weiteren Zwischenbericht bis zum 30.06.2012.

b) **Kosten des Landes für die Festsetzung der Grundsteuermessbeträge**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 4 d

Letzte Antwort der Landesregierung vom 09.06.2011 - Drs. 16/3707

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet den in der Antwort der Landesregierung angekündigten weiteren Bericht über die Ergebnisse der Reformbemühungen kurzfristig und unaufgefordert nach dem entsprechenden Beschluss der Finanzministerkonferenz, spätestens jedoch bis zum 30.06.2013.

c) **Archivierung von Grundbüchern und Grundbuchakten - Archivverwaltung vor neuer Herausforderung**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 4 f

Letzte Antwort der Landesregierung vom 25.08.2010 - Drs. 16/2792

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Antwort der Landesregierung und das dieser Antwort beigefügte „Rahmenkonzept für die Übernahme von Grundbüchern und Grundakten durch das Niedersächsische Landesarchiv“ (Stand: 12.08.2010) zur Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass eine parallele Entwicklung im Niedersächsischen Landesarchiv (NLA) dazu geführt hat, dass die Landesregierung zwischenzeitlich - insbes. mit Blick auf Kapazitäten und Perspektiven - einen Optimierungs- und Veränderungsprozess im NLA eingeleitet hat, um Verbesserungspotentiale und Effizienzgewinne zu erschließen. Der Ausschuss begrüßt diese Aktivitäten. Er teilt die Einschätzung, dass deswegen und wegen der besonderen Aspekte der Grundbücher und Grundakten (langfristiger erhöhter Zugriff, Mengenvolumen) neben der vollständigen Übernahme durch die Archivverwaltung nochmals auch andere Lösungsvarianten zur dauerhaften Aufbewahrung dieses Schriftgutes (in der Justizverwaltung, gemeinsam von Archiv- und Justizverwaltung oder Kombinationsmöglichkeiten) geprüft werden müssen. Ziel muss weiterhin sein, die für das Land insgesamt wirtschaftlichste Lösung umzusetzen.

Der Ausschuss erwartet von der Landesregierung, dass bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieser erneuten Überlegungen die Arbeiten an der Umsetzung des Rahmenkonzepts und die tatsächliche Übernahme von Grundbüchern und Grundakten zurückgestellt werden.

Der Ausschuss erwartet insoweit einen ergänzenden Bericht bis zum 30.04.2012.

- d) **Bürgerrundfunk in einer sich wandelnden Medienlandschaft**
Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2937 II Nr. 4 m

Der Ausschuss erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 30.06.2012.

4. **Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008**

Anträge der Landesregierung - Drs. 16/2019

- a) **Anforderungen an die niedersächsische Krankenhausplanung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 6

Antwort der Landesregierung vom 24.11.2010 - Drs. 16/3068

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bekräftigt den Beschluss des Landtages und erwartet insbesondere, dass die Landesregierung ihre Zusage zeitnah umsetzt, nach Inkrafttreten des NKHG in einem neu aufzustellenden Krankenhausplan die Aspekte einer bürgernahen Versorgung im Zeichen der demographischen Entwicklung besonders zu werten und zu strukturieren.

Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, dem Landtag bis zum 31.12.2012 über die veranlassten Maßnahmen zu berichten.

- b) **Projekt „eAkte-Land“**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 7

Der Ausschuss erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 30.06.2012.

- c) **Strukturelle Mängel bei der niedersächsischen Krankenhausplanung**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 20

Antwort der Landesregierung vom 01.12.2010 - Drs. 16/3176

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen geht davon aus, dass die Landesregierung wie in ihrer Antwort zugesagt ein aktuelles Strukturkonzept mit einer aktiven, steuernden und vorausschauenden Krankenhauszielplanung erarbeitet und erwartet dessen Vorlage bis spätestens zum 30.06.2012.

- d) **Unzureichende Prüfung der Verwendung von pauschalen Fördermitteln nach dem Niedersächsischen Krankenhausfinanzierungsgesetz**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 21

Antwort der Landesregierung vom 24.11.2010 - Drs. 16/3069

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen stellt fest, dass die Landesregierung ihre Absicht, den ordnungsgemäßen Einsatz und die Verwendung der Pauschalmittel mithilfe von Stichproben zu prüfen und anlassbezogen örtliche Erhebungen vorzunehmen, immer noch nicht umgesetzt hat.

Der Ausschuss erwartet, dass der Landtag bis spätestens zum 31.12.2011 über das Veranlasste unterrichtet wird.

- e) **Unwirtschaftliche Hochschulstruktur durch Überkapazität in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 22

Der Ausschuss erwartet den Bericht der Landesregierung bis zum 31.12.2011.

f) **Zweckwidrige Verwendung öffentlicher Mittel durch regionale Forschungseinrichtungen**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 25

Antwort der Landesregierung vom 23.02.2011 - Drs. 16/3385

In ihrer Antwort hat die Landesregierung mitgeteilt, die Rückstände bei der Verwendungsnachweisprüfung bis spätestens 31.12.2011 aufzuarbeiten.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bittet die Landesregierung bis zum 31.03.2012 um einen abschließenden Bericht.

g) **Niedersachsen Ports als Instrument der Wirtschaftsförderung?**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 34

Antwort der Landesregierung vom 21.03.2011 - Drs. 16/3481

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis, wonach sich die strategische Ausrichtung der Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts) durch zwischenzeitliche Veränderung der Rahmenbedingungen verschoben hat. Heute sei es wichtigste Kernaufgabe von NPorts, die Küstenwirtschaft und -infrastruktur zu sichern und zu entwickeln.

Der Ausschuss bittet um Prüfung und ergänzende Stellungnahme bis zum 31.12.2011 zu den Vorschlägen des LRH,

- den Gesellschaftsvertrag der veränderten Aufgabenstellung entsprechend anzupassen und

- die Gesellschaft künftig mittels Zielvereinbarungen zu steuern.

h) **Gebührenfreie Überwachung**

Beschlussfassung des Landtages vom 10.11.2010 - Drs. 16/2941 Nr. 43

Antwort der Landesregierung vom 16.03.2011 - Drs. 16/3477

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis, dass sie ein flächendeckendes systematisches Konzept für die Überwachung von Medizinprodukten einführen will. Er begrüßt es, dass die Überwachungsmaßnahmen und behördlichen Handlungen nach dem Medizinproduktegesetz gebührenpflichtig sein sollen.

Der Ausschuss erwartet, dass die Landesregierung mit der Einführung eines Medizinprodukte-Überwachungskonzeptes die Voraussetzungen für die Umsetzung der geplanten Änderung der Medizinprodukte-Gebührenordnung schafft und diese dann unverzüglich in Kraft setzt, damit das Land nicht weiterhin auf erhebliche Einnahmen verzichten muss. Er bittet um einen Bericht über den Sachstand bis zum 31.12.2011.